

Bericht der Bildungs-, Kultur- und Sportkommission an den Landrat

betreffend Schullager in der Romandie

2017/271

vom 08. Januar 2018

1. Ausgangslage

Am 29. September 2016 reichte Rolf Blatter, FDP-Fraktion, die Motion 2016/297 «Schullager in der Romandie» ein, welche vom Landrat am 3. November 2016 als Postulat überwiesen wurde. Der Vorstoss fordert, dass mindestens eines der Schullager im Zyklus einer Klasse in der Romandie durchgeführt werden soll. Der dadurch hergestellte «eins zu eins» Kontakt mit französisch sprechenden Personen während einer kompletten Lagerwoche sensibilisiert sowohl SchülerInnen als auch Lehr- und Begleitpersonen für die zweitwichtigste Landessprache der Schweiz einerseits und die frankophone Kultur in der Romandie andererseits. Die Durchführung von Schullagern in der Westschweiz ist im Vergleich zur Durchführung in der Deutschschweiz nicht teurer.

Der Regierungsrat betont in seiner Stellungnahme, dass der Schulrat, resp. die Schulleitung im Rahmen der teilautonomen Schulen über die Eckwerte entscheidet. Auf eine obligatorische örtliche Bindung eines Lagers wird bewusst verzichtet. Den Schulen wird jedoch empfohlen, während der Sekundarschule ein Lager pro Klasse in der Romandie durchzuführen und mit einem Treffen mit französischsprachigen Jugendlichen zu verknüpfen. Weiter verweist der Regierungsrat in seiner Antwort auf bestehende Austauschprojekte des Kantons.

Für Details wird auf die [Vorlage](#) verwiesen.

2. Kommissionsberatung

2.1. Organisatorisches

Die Bildungs-, Kultur- und Sportkommission hat die Vorlage an ihrer Sitzung vom 26. Oktober 2017 in Anwesenheit von Severin Faller, Generalsekretär BKSD und Beat Lüthy, Leiter des Amts für Volksschulen beraten. Am 7. Dezember wurde der Kommission eine Kostenschätzung für den Ausbau der Austauschpädagogik, sowie eine Übersicht über die Nutzung der bestehenden Austauschangebote präsentiert.

2.2. Eintreten

Eintreten ist unbestritten.

2.3. Detailberatung

Der Einwand, die Schulen würden durch die obligatorische Durchführung eines Lagers in der Romandie zu sehr eingeschränkt, wird von einer Kommissionsminderheit kritisiert. Ein Mitglied ist der Meinung, dass Vorschriften erlassen werden können, wenn diese einem politisch und volkswirtschaftlich wichtigen Zweck dienen.

Eine Kommissionsminderheit verstand die Forderung des Postulanten als Aufruf, die SchülerInnen ein zusätzliches Lager absolvieren zu lassen und machte auf die dadurch entstehenden Kosten aufmerksam. Die Mehrheit wies darauf hin, dass es darum gehe, eines der bestehenden Lager in der Romandie und nicht in der Deutschschweiz durchzuführen. Sollten zusätzliche Geldmittel benötigt werden, müssten diese gesprochen werden.

Ein weiteres Kommissionsmitglied nimmt den Gedanken des Postulats auf, den kulturellen Austausch zu fördern, möchte diesen jedoch nicht nur auf die Romandie beschränken. Auch das grenznahe Elsass oder der süddeutsche Raum bieten Möglichkeiten, Projekte zu lancieren. Auf die Frage, ob Ausflüge ins Ausland möglich seien, antwortet die Verwaltung, dass dies organisatorisch machbar sei, obwohl oft ein gewisser Prozentsatz der SchülerInnen aufgrund ihrer Ausweise nicht ins Ausland reisen könne. Die Diskussion innerhalb der Kommission verliess im Folgenden das Thema Schullager/Ausflüge und verlagerte sich zum Thema Austausch.

Die Kommission ist sich einig, dass es sinnvoll ist, die Austauschpädagogik ernst zu nehmen und zu fördern. Auf die Frage, wie sehr bestehende Austauschprojekte genutzt werden, antwortet die Verwaltung, dass etwa 10-20 SchülerInnen jährlich die Möglichkeit wahrnehmen, das 10. Schuljahr im Kanton Jura oder Fribourg zu absolvieren. Auch ein einwöchiger Austausch während des Schuljahrs ist möglich, wird jedoch nur bescheiden genutzt. Wichtig für die Nutzung solcher Angebote ist die Initiative der Lehrpersonen, da Kontakte zu anderen Schulen geknüpft werden müssen. Ein Mitglied erwartet ein stärkeres Engagement des Kantons, Lehrpersonen und Klassen für Austauschprojekte zu motivieren. In anderen Kantonen wurde dieses Vorgehen institutionalisiert (beispielsweise Kanton Waadt). Der Austausch findet dort in einem grösseren Rahmen statt, bedingt jedoch auch den Einsatz von mehr finanziellen Mitteln. Die Verwaltung betont, dass ein Tagesausflug nach Mulhouse noch keine fruchtbare Auseinandersetzung mit der französischen Sprache und Kultur bringe. Die Kommission ist sich darin einig, dass gerade diese Auseinandersetzung jedoch gefördert werden müsse, handelt es sich bei Französisch doch um eine Landessprache der Schweiz. Es herrscht Konsens darüber, dass Austauschprojekte sinnvoll sind und SchülerInnen helfen, einen sprachlichen und kulturellen Mehrwert zu generieren. Ein Kommissionsmitglied gibt zu bedenken, dass durch die Förderung des Austausches Kosten entstehen. Die Verwaltung ergänzt, dass es sich dabei hauptsächlich um Kosten für den Aufwand der Koordination handle. Die deutsch- und französischsprachigen Kantone müssen sich bei der Suche nach Klassen koordinieren.

Ein Kommissionsmitglied betont, dass der Gedanke des Postulats gut sei, es jedoch zu sehr einschränke. Es wird vorgeschlagen, das Postulat abzuschreiben und das Thema der Förderung der Austauschpädagogik mit einem neuen Vorstoss aufzunehmen. Die Kommissionsmehrheit schliesst sich dieser Haltung an, währenddessen eine Minderheit das Postulat stehen lassen möchte.

Am 7. Dezember informierte die Verwaltung genauer über den Ist-Zustand der Austauschpädagogik und präsentierte eine Kostenschätzung für einen Ausbau im Bereich Französisch. Im Schuljahr 2016/17 haben lediglich drei Sekundarschulklassen ein Austauschprojekt durchgeführt. Die geringe Anzahl Teilnehmende an den verschiedenen Austauschprojekten ist auch für das AVS nicht zufriedenstellend. Es soll eine Initiative mit den bestehenden Projekten gestartet und für diese an den Schulen und bei den Lehrpersonen geworben werden mit dem Ziel, längerfristige Partnerschaften zwischen den Schulen zu etablieren.

Die Frage, ob es realistisch sei, dass jede Sekundarschulklasse ein Austauschprojekt absolviere und wie viel dies zusätzlich koste, wurde wie folgt beantwortet:

Italienisch: Im Tessin gibt es Klassen, welche an einem physischen Austausch interessiert sind. Jedoch haben diese Schwierigkeiten bei der Partnersuche, da in der Deutschschweiz erst spät und nur punktuell italienisch unterrichtet wird.

Englisch: Erfahrungen mit physischem Austausch bestehen in der Volksschule nicht. Es findet jedoch ein virtueller Austausch beispielsweise mit Klassen in Kenia statt.

Französisch: Im Kanton Fribourg ist für jede 2. Klasse der Sekundarschule eine Austauschaktivität obligatorisch. Diese kann virtueller oder physischer Natur sein. Die Verantwortung trägt die Klassenlehrperson. Pro Tag und Schüler unterstützt der Kanton Fribourg die Projekte mit CHF 10, sowie einer Organisationspauschale von CHF 50 pro Tag. Auf die aktuellen Bestände hochgerechnet ergibt dies für den Kanton BL eine Summe von CHF 167'300. Im Kanton Fribourg ist die Koordinationsstelle ein 100%-Pensum. Dies müsste, um den

Mehraufwand bewältigen zu können, im Kanton Basel-Landschaft angepasst werden (aktuell 30%).

Das AVS ist der Ansicht, dass ein Obligatorium des physischen Austausches der Motivation von SchülerInnen und Lehrpersonen nicht zuträglich sei. Zentral für das Gelingen eines Austauschprojektes ist, dass die organisierende Person mit Herzblut dabei ist. Das Amt für Volksschulen unterstützt die Schulen beim Aufbau von langfristigen Partnerschaften mit anderen Schulen; beim Nutzen von Aktivitäten von Movetia (Klassenaustausch, Halbklassenaustausch, Rotationsaustausch, Klassenlager); beim Nutzen der Aktivitäten des Trinationalen Eurodistricts Basel (TEB) und empfiehlt ihnen, Schullager in der Romandie durchzuführen.

3. Antrag an den Landrat

Die Bildungs-, Kultur- und Sportkommission beantragt dem Landrat mit 8:4 Stimmen, das Postulat 2017/271 abzuschreiben.

08.01.2018 / bw

Bildungs-, Kultur- und Sportkommission

Christoph Hänggi, Präsident